



fer Reformen von erbitterten Kommunal-Politikern genannt werden, auch den Rest des Kreises Siegen neu ordnen wollte, formierten sich massive Gegenkräfte.

Haupt-Herd der Revolte ist das Amt Burbach im Südzügel des Siegerlandes, eingeklemt zwischen die Grenzen der Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz und mit 120 Quadratkilometern (und 25 000 Einwohnern) halb so groß wie das Stadtgebiet Kölns (856 000 Einwohner).

Unter den 15 Amtsgemeinden im „Grund der freien Männer“ (so eine Urkunde aus dem Jahre 914) regten sich Rivalitäten: Der Untere Freie Grund, gruppiert um die Ortschaft Neunkirchen, war gegen die Einheits-

Zunächst schlossen sich die Gemeinderäte zu einer „Regionalfraktion Freier Grund“ zusammen und schickten Protesttelegramme in die Landeshauptstadt. Zwei Tage später schlossen die Untergrund-Bürgermeister, „außerhalb der Legalität“ (Roth), für acht Tage ihre Amtsstuben.

Die Folgen: Neunkirchens Nebensitze der Amtsverwaltung Burbach mußte das Personal verdoppeln, um den Publikumsandrang zu bewältigen. Und in der Bürgermeisterei Salchendorf stapelten sich Handwerker-Rechnungen für Gemeinde-Bauten in Höhe von 100 000 Mark. Doch „die Bevölkerung murrte nicht, sie war einverstanden“ (CDU-Gemeinderat Wißfeld).

PRESSE

SAARLAND

Nur Negatives

Wo Deutschland am frömmsten und am ärmsten ist, sind seine Journalisten am lahmsten und am zahlmsten — an der Saar: In dem zurückgebliebenen Zwergstaat im Südwesten haben Bischof und CDU-Regierung das Gros der Presse fest in ihren Händen.

Kritische Tageszeitungen gibt es nicht: Die „Saarbrücker Zeitung“ (Auflage: 163 000) gehört dem Land, die „Saarbrücker Landeszeitung“ (Auflage: 38 000) wird vom Bischöflichen



Saar-Zeitungen, Saar-Journalist Rahner, evangelisches Saar-Wochenblatt: In Schilda solche Sachen

gemeinde, vor allem gegen deren Amtssitz im Oberen Freien Grund. Zudem bemäkelten die Untergrundler, daß die Gemeinden des ganz im Süden hinter einer Wasserscheide gelegenen „Hickengrundes“ mehr nach Hessen als nach Siegen hin orientiert seien: Die „Hicken“ schicken ihre Kinder in die hessischen Städte Haiger und Dillenburg, sie arbeiten und kaufen dort.

Die Untergrund-Parlamentarier mobilisierten den Kreistag, Landtags- und Bundestagsabgeordnete und plädierten dafür, das Amt Burbach in drei Groß-Gemeinden zu teilen — ein Plan, der vom Kreistag prompt gebilligt wurde.

Doch die „freie Willensbildung der Gemeinden“ (Gemeinderat Paul Roth) wurde von den Düsseldorfer Reformern ignoriert. Roth: „Wir haben vielfach das Gespräch gesucht, aber wir wurden nie gehört.“ Das Innenministerium blieb bei seinem Plan, das Amt Burbach in eine Groß-Gemeinde umzuwandeln.

„Da sagte unser Landtagsabgeordneter Hans-Georg Vitt“, so erinnert sich Sozialdemokrat Roth, „alles im Eimer, helft euch selber.“ Und prompt startete die Untergrundbewegung ein Hilfsprogramm.

Die Kommunal-Politiker im Untergrund ließen Gemeinderatssitzungen platzen, sie sammelten Unterschriften für eine Petition, finanzierten den Druck von Protestplakaten („Selbstverwaltung soll vor die Hunde gehen“) und einer Denkschrift gegen „technokratische Reißbrettlösungen“.

Das Gemeindeblatt des Untergrunds schließlich, die „Hellerthaler Zeitung“, brachte ein Extrablatt heraus („Rebellion gegen die Landesregierung“). Und als die Regierung ihr zweites Siegerland-Gesetz dennoch vorlegte, klebten die freien Männer in den Rebellen-Gemeinden Plakate: „Sie erreichen jetzt das kommunale Notstandsgebiet Freier Grund.“

Inzwischen rüsten die Gemeindekrieger aus dem Unteren Freien Grund zum letzten Gefecht. Für den Fall, daß der Landtag dem Regierungsentwurf zustimmt, haben sie Geld zurückgelegt, mit dem eine Verfassungsklage bestritten werden soll. Außerdem drohen sie mit einem neuen Rathaus-Streik und einem go-in der freien Männer ins Düsseldorfer Parlament.

Rebell Roth: „Wir wollen doch mal sehen, ob das Volk noch was zu sagen hat.“

Ordinariat zu Trier verlegt. Der „Rhein-Saar-Spiegel“, ein Provinz-Pressedienst, ist der Regierung für einen monatlichen Zuschuß von 2000 Mark dankbar.

Auch die Redakteure des Saarländischen Rundfunks mögen kein offenes Wort zur Landespolitik riskieren: Das CDU-Regime hat demnächst darüber zu entscheiden, ob der ärmliche Mini-Sender mit dem Südwestfunk zusammengelegt wird oder nicht. Und das einzige SPD-Blatt des Landes, die Saarbrücker „Allgemeine Zeitung“, ist im letzten Frühjahr an Leserschwind dahingegangen.

Wenn einmal Kritisches und Kurioses von der zu 74 Prozent katholischen Saar nach draußen dringt, wurde es von zwei Nicht-Katholiken gemeldet: dem Moslem Muhammad Abdullah, 37. Saar-Korrespondent der US-Agentur United Press International (UPI), und dem Protestanten Wolfgang Rahner, 40, Saar-Korrespondent der US-Agentur Associated Press (AP) und des Evangelischen Pressedienstes (epd) sowie Mitarbeiter des evangelischen Saar-Wochenblattes „Sonntagsgruß“ (Auflage: 22 000).

In Abdullahs und Rahners vielgedruckten Meldungen erscheint das